

VON THOMAS RADLMAIER

**Dachau** – Das Unwissen zeigt sich gerade auf den sogenannten „Hygiene-Demos“: München Marienplatz, 9. Mai: Ein Demonstrant hält ein Schild, darauf steht: „1933: Sie haben sich nicht gewehrt.“ Er aber will sich wehren, jetzt im Jahr 2020. Er setzt damit die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gleich mit der „Machtergreifung“ der Nazis im Jahr 1933. Währenddessen in Passau: Eine Demonstrantin trägt einen Rucksack mit gelbem Stern und der Aufschrift „ungeimpft“; es ist ein Stern, wie ihn Juden in der Nazi-Diktatur tragen mussten. Mehrere Corona-Demonstranten zeigen sich mit gelben „CoV2“-Sternen und verharmlösen damit die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus. Und am 25. April hält eine Frau in München ein Schild, auf dem sie die Kontaktsperren während der Corona-Pandemie als „sozialen Holocaust“ bezeichnet. Diese und viele weitere Fälle einer die Schoah relativierenden Geschichtsklitterung hat Rias Bayern, die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, auf den „Hygiene-Demos“ dokumentiert.

In der Corona-Krise offenbaren sich die eklatanten Lücken im Wissen über die Verbrechen des Nationalsozialismus. Und ausgerechnet jetzt müssen Freiberufler, die Schüler über den Holocaust aufklären und damit gegen das antisemitische Virus impfen, buchstäblich ums Überleben kämpfen. Am Max Mannheimer Studienzentrum (MMSZ) in Dachau leiten rund 30 freiberufliche Referenten normalerweise mehrtägige Seminare für Schulklassen, in denen sie den Jugendlichen die Geschichte des Nationalsozialismus und der Konzentrationslager näherbringen. Doch da diese Kurse momentan ausfallen, müssen, brechen den Referenten festinkalkulierte Honorare weg. Das MMSZ ist nur ein Beispiel. Deutschlandweit sind viele Menschen existenziell bedroht, die im gedenkpädagogischen Bildungsbereich freiberuflich arbeiten. Sie fallen nicht unter den staatlichen Rettungsschirm für sogenannte Soloselbstständige, weil viele Referenten bei anderen Bildungseinrichtungen geringfügig beschäftigt sind und formal

### Die Krise offenbart strukturelle Missstände, die schon lange vor der Pandemie existierten

nicht als Soloselbstständige gelten. Viele fühlen sich vom Staat im Stich gelassen. Manche befürchten, dass nach der Corona-Krise, wenn die Schulen wieder regulär unterrichten, niemand mehr übrig ist, der außerschulische Seminare leiten kann.

Die Grünen im bayerischen Landtag drängen auf eine politische Lösung für das Problem. Am Mittwoch brachten sie im Plenum einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin forderten sie, Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer zu stützen, um deren Existenz zu sichern. Darunter wären auch die Freiberufler im politischen Bildungsbereich gefallen. Doch der Antrag wurde abgelehnt. Gabriele Triebel, die erinnerungspolitische Fraktionssprecherin der Grünen, hat Ministerpräsident Markus Söder und Sozialministerin Carolina Trautner (beide CSU) einen Brief geschrieben, in dem sie die Staatsregierung zum Handeln auffordert. „Die Arbeit, die diese Menschen in Bayern und für unsere Demokratie leisten, ist unschätzbar“, heißt es darin. Gerade in der Corona-Krise, in der die Ängste radikalen Strömungen Anknüpfungspunkte böten, helfe nur Bildung und Aufklärung als Schutz einer freiheitlichen

# Geschwächte Immunabwehr

Verschwörungsmethoden rund um Corona werfen ein Schlaglicht auf die Defizite in der politischen Bildung. Doch ausgerechnet jene Referenten, die wichtige Aufklärungsarbeit leisten, müssen um ihre Existenz bangen



Eine Schülergruppe rastet während einer Führung durch die Gedenkstätte vor einer Baracke.

ARCHIVFOTO: NIELS P. JØRGENSEN

und demokratischen Gesellschaft, so Triebel. Konkret forderte sie zuletzt, das bayerische Förderprogramm für Soloselbstständige aufzubrechen, damit auch die Freiberufler in der politischen Bildung davon profitieren können. „Es ist dringend finanzielle Hilfe nötig, um jene zu unterstützen, die als freie Bildungsreferenten in den vergangenen Monaten auf ihre Einnahmen verzichten mussten“, schreibt sie in ihrem Brief. „Ansonsten verlieren wir wertvolles Knowhow in diesem Bereich.“ Auf Anfrage teilt das Sozialministerium lediglich mit, man schätze die „wertvolle Bildungs- und Begegnungsangebote der Stiftung Jugendgästehaus Dachau“. Grundsätzlich setze sich das Sozialministerium „in vielfältigem Maße für breite Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfsprogramme für die von der Corona-Pandemie Betroffenen ein“.

Es ist in der politischen Bildungsarbeit wie im Gesundheitssystem: Die Krise offenbart strukturelle Missstände, die schon lange vor der Pandemie existierten. Hierzulande findet ein großer Teil der Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus außerhalb der Schulen statt. Die gedenkstättenpädagogische Arbeit wird vielerorts von Freiberuflern geleistet, die sich oftmals in prekären Arbeitsverhältnissen befinden und kaum mehr als den Mindestlohn verdienen. Im Januar, noch bevor die Corona-Krise in Deutschland das öffentliche Leben lahmlegte, veröffentlichten Beschäftigte von Gedenkstätten und Museen in Berlin und Brandenburg einen offenen Brief und forderten darin eine „faire Entlohnung, soziale Absicherung und mehr Mitbestimmung“. Viele Referenten und ein Teil des wissenschaftlichen Personals seien auf Basis von Werk- oder Honorarverträgen für ein geringes Entgelt tätig, schreiben die Freiberufler. Die Honorarhö-

hen würden weder den Anforderungen an die Arbeit noch den sozialen und wirtschaftlichen Risiken gerecht werden. „Einerseits nehmen diese Lernorte eine zentrale Stellung im Selbstverständnis der Bundesrepublik, der Länder und Kommunen ein (...) Schaut man jedoch andererseits auf die Bedingungen, unter denen diese Arbeit stattfindet, ergibt sich eine große Diskrepanz.“ Den Brief des „Netzwerkes für faire Arbeitsbedingungen in Museen und Gedenkstätten“, wie sich die Referenten nennen, haben inzwischen 400 Unterstützer unterschrieben.

Er ist unter anderem adressiert an Monika Grütters, die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM), und an Manja Schüle, brandenburgische Kulturministerin. Grütters Amtschef hat den Referenten geantwortet. Im Antwortschreiben weist man darauf hin, „dass es grundsätzlich in der Verantwortung der jeweiligen Einrichtung liegt, im Rahmen der rechtlichen Vorgaben über den Einsatz von freien Mitarbeitern und den Abschluss befristeter Arbeitsverträge zu entscheiden“, teilt die Pressestelle der BKM mit. Man habe angefragt, dass die Unterzeichner auf der Grundlage konkreter Empfehlungen mit den Einrichtungen ins Gespräch kommen sollten. „Der BKM ist es ein kulturpolitisches Anliegen, sich für angemessene Beschäftigungsbedingungen im Kulturbereich einzusetzen.“

Für Simone Barrientos sind das „Lippenbekenntnisse“. Sie ist kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion „Die Linke“ und erkundigte sich mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung nach den Arbeitsbedingungen in Museen und Gedenkstätten. In der Antwort der BKM vermisst sie „praktische Bezüge, konkrete Handreichungen, nachweisbaren Einsatz“. „Man muss leider feststellen, dass

Freiberufler und Solo-Selbstständige nicht von den Maßnahmen der Bundesregierung profitieren“, sagt Barrientos. Die Soforthilfen seien ausschließlich für Betriebskosten gedacht. Die Menschen, die freiberuflich Bildungsarbeit machen, hätten von einem Tag auf den anderen durch den Shutdown Aufträge und Einkünfte verloren. „Sie bangen um ihre Existenz.“ Die unmittelbare Notlage zeige deutlich, dass die Arbeitssituation der Freiberufler im politischen Bildungsbereich „generell unsicher und prekär“ sei. Es bestehe Handlungsbedarf und „zwar nicht nur während der Corona-Pandemie“, so Barrientos. Ihre Partei hat vorgeschlagen, dass die Betroffenen eine Einmalzahlung von 9000 Euro bekommen. „Politische Bildungsarbeit ist demokratie relevant und muss angemessen bezahlt werden“, findet Barrientos.

Auch auf der politischen Ebene des Landes Brandenburg ist das Thema präsent. Tobias Dünow (SPD) ist der brandenburgische Kulturstaatssekretär. Er hat sich kurz nach der Veröffentlichung des Briefes mit einigen Unterzeichnern getroffen. Den Referenten habe er empfohlen, sich besser zu organisieren und ihre Interessen politisch zu bündeln, um vernünftige Arbeitsverhältnisse zu bekommen. Für Dünow ist klar: „Das sind genau die, die wir jetzt brauchen.“ Schließlich stehe die Gedenkstättenarbeit vor einem gewaltigen Umbruch. „Das ist dramatisch.“ Um die Einkommensausfälle der Referenten während der Corona-Pandemie abzufedern, habe er sich mit

der SPD in Brandenburg dafür eingesetzt, dass die Guides nun konzeptionelle Tätigkeiten wie Übersetzungsaufgaben an den Einrichtungen erledigen können.

In Bayern hat Sozialministerin Carolina Trautner kürzlich angekündigt, Präventionsprojekte gegen Extremismus und Antisemitismus auszubauen. Grund dafür ist unter anderem, dass die Corona-Krise derzeit radikalen Strömungen viele Anknüpfungspunkte für Verschwörungstheorien und -mythen biete. Noch im Mai sollen zwei neue Projekte gegen Antisemitismus starten, die sich besonders mit Verschwörungstheorien und Fake News auseinandersetzen. Träger sind die Europäische Janusz-Korczak-Akademie in München und das MMSZ in Dachau, genau jene Einrichtung also, die ihren freiberuflichen Referenten bisher keine Kompensation für ausgefallene Honorare zahlt und die sich in sechzigprozentiger Trägerschaft des Sozialministeriums befindet. Zur Frage, wie genau das angekündigte Präventionsprojekt am MMSZ aussehen soll und ob in dessen Rahmen auch die freiberuflichen Referenten beschäftigt werden, teilt das Ministerium mit: Der Fokus liege auf der Prävention von modernem Antisemitismus und Rechtsextremismus. Und weiter: „Im Falle einer Projektförderung hat das Bayerische Sozialministerium aufgrund der Trägerautonomie keinen Einfluss darauf, welches Personal der Projektträger beschäftigt.“ Die Geschäftsführung der Stiftung Jugendgästehaus habe das Ministerium über die aktuellen Sorgen und Nöte freiberuflicher Referenten informiert. Die Grünen-Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel erwartet da schon mehr Unterstützung vom Freistaat für die Freiberufler. Zwar begrüße sie grundsätzlich das Vorgabe. „Doch es genügt nicht, neue Präventionsprojekte anzukündigen.“

► **Kommentar**

## DEMOKRATIEERZIEHUNG

# Die Stiefkinder der Bildungspolitik

VON THOMAS RADLMAIER

**D**iese Krise rückt Missstände ins Licht, die schon vor der Corona-Pandemie da waren. Marktlogik bestimmt seit Jahren das Gesundheitssystem. Eine Lehre aus der Krise: Die Privatisierungen in diesem systemrelevanten Bereich müssen aufhören, der Staat muss mehr investieren. Mit dem Gesundheitswesen ist es in Deutschland wie mit der politischen Bildungsarbeit. Vor allem Freiberufler mit prekären Arbeitsverhältnissen klären Jugendliche an gedenkstättenpädagogischen Einrichtungen über die Shoah und die NS-Geschichte auf. Die Bezahlung spiegelt jedoch nicht den Wert ihrer systemrelevanten Arbeit wider. Ein strukturelles Problem, das der Staat endlich angehen muss.

Viele Referenten verdienen weniger als den Mindestlohn, sie können sich weder für ihre Rente etwas zurücklegen noch sich für einen Krankheitsfall absichern. Dabei sind sie es, die nachfolgende Generationen gegen das Virus des Antisemitismus und Rechtsextremismus impfen. Nicht das ritualisierte Gedenken an Jahrestagen ist entscheidend. Sondern die Freiberufler leisten die eigentliche Erinnerungsarbeit, damit der Holocaust wirklich „Nie wieder“ geschieht. Das „Nie wieder“ ist deutsche Staatsräson. Wenn ausgerechnet in Deutschland die Demokratieerziehung und Aufklärung über den Massenmord an Juden keine systemrelevante Tätigkeit ist, wo dann?

Dass politische Bildung systemrelevant ist, zeigt die Corona-Krise. Die Lücken im geschichtlichen Wissen lassen sich in allen Gesellschaftsschichten beobachten. Sie zeigen sich derzeit fast täglich auf den „Hygiene-Demos“. Antisemitismus und Rechtsextremismus haben in der Corona-Krise starken Zulauf bekommen. Doch schon vor Corona hat antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut in bürgerlichen Milieus verfangen. Es ist bezeichnend, dass es die Krise braucht, damit das Sozialministerium ein Präventionsprojekt gegen Antisemitismus ankündigt. Doch die bloße Ankündigung reicht nicht aus. Dabei könnte das Sozialministerium konkret helfen. Das Max Mannheimer Studienzentrum befindet sich in seiner Trägerschaft. Das Ministerium könnte die freiberuflichen Referenten unterstützen, damit diese die Krise überstehen und danach ihre Arbeit wieder aufnehmen können. Das wäre eine echte Prävention gegen Antisemitismus.